dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 27 **10. Juli 2014**

aktuell

Inhalt

Treffen mit SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi – Tarifeinheit: Legislative „große Lösung“ kaum noch zu erwarten+++
dbb bundesseniorenvertretung: Gegen Spardiktat in der kommunalen Seniorenarbeit+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb bremen hält Haushaltssperre für falsches Signal+++
dbb m-v erwartet Attraktivitätssprung durch Lehrerverbeamtung+++
Altersdiskriminierung – Sächsischer Finanzminister kommt SBB-Forderung nach+++
VBOB protestiert gegen Sonderrechte für Fraktionsmitarbeiter+++
Zollgewerkschaft warnt vor bürokratischen Folgen der Pkw-Maut+++
Tarifrunde 2014: GDL sieht Betriebsräte geschlossen hinter sich+++
Thema Arbeitsmarkt – vbba im Meinungsaustausch mit Staatssekretärin Anette Kramme+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Treffen mit SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi – Tarifeinheit: Legislative „große Lösung“ kaum noch zu erwarten

(dbb) Das Thema Tarifeinheit stand im Mittelpunkt eines Meinungsaustauschs zwischen dem dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt und der Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Yasmin Fahimi am 9. Juli 2014 im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Für die SPD betonte Fahimi die grundsätzliche Handlungsnotwendigkeit nach der geänderten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts im Jahre 2010 und verwies auf den zunächst erkennbaren breiten Konsens zwischen DGB und BDA – beides habe Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Die Politik dürfe nicht tatenlos zusehen, dass sich die Tariflandschaft weiter zergliedere und kleine Eliten ihre Interessen unsolidarisch durchsetzten, so Fahimi.
Dem hielt der dbb Chef die verfassungsrechtlichen Bedenken und die unlösbaren praktischen Probleme bei der Definition von Betrieben und der Ermittlung der korrekten Stärkeverhältnisse zwischen konkurrierenden Gewerkschaften entgegen.
„Gelebte freiwillige Tarifeinheit – wie im öffentlichen Dienst – ist die einzig richtige Form solcher Kooperation, die Gefahr massenhafter Neugründungen und Dauerstreiks gibt es in Deutschland nicht“, machte Klaus Dauderstädt deutlich. Beide Seiten waren sich einig, dass bei aktueller Betrachtung eine legislative „große Lösung“ kaum noch zu erwarten sei. Es bleibe abzuwarten, welche Entscheidung das Bundeskabinett nach der Absetzung der Tarifeinheit von seiner Tagesordnung Anfang Juli nun zum Ende der Sommerpause treffen werde.
(01/27/14)

dbb bundesseniorenvertretung: Gegen Spardiktat in der kommunalen Seniorenarbeit

(dbb) Anlässlich der gemeinsamen Fachtagung der Siebten Altenberichtskommission und der BAGSO zum 7. Altenbericht mit dem Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ warnte der stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Klaus-Dieter Schulze am 8. Juli 2014 in Königwinter-Thomasberg davor, die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben für Senioren dem Spardiktat zu unterwerfen.

Die Betreuung und Unterstützung von Seniorinnen und Senioren sei auf kommunaler Ebene besonders effektiv, erklärte Schulze. „Natürlich ist uns bewusst, dass die Kommunen, die finanziell erheblich unter Druck stehen, nicht alles leisten können.“ Gerade ältere Menschen hätten dies aber erkannt und in den vergangenen Jahren selbstständig Netzwerke aufgebaut im Sinne von Hilfe durch Selbsthilfe. Unterstützung hierfür koste nicht viel, zeige älteren Menschen aber, dass sie der Gesellschaft noch etwas wert seien. Die Vielfalt der Netzwerke entspreche den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen der Seniorinnen und Senioren, so Schulze. Mit wenig Geld könne in diesem Bereich große Wirkung erzielt werden.
(02/27/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb bremen hält Haushaltssperre für falsches Signal

(dbb) Die von der rot-grünen Bremer Landesregierung am 8. Juli 2014 verhängte Haushaltssperre ist vom dbb bremen als „falsches Signal“ bezeichnet worden.

Als Grund hatte Finanzsenatorin Karoline Linnert unerwartete Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Gesamthöhe von 60 Millionen Euro angeführt. Bis auf Weiteres dürfen die

Behörden nur noch Geld für absolut zwingende Aufgaben ausgeben.

Ein wichtiger Grund scheine auch das Urteil in Nordrhein-Westfalen zur Beamtenbesoldung zu sein, stellte der Landesvorsitzende des dbb bremen, Jürgen Schröder, dazu fest. „Mit dieser Reaktion will die Finanzsenatorin von einem unseriös aufgestellten Haushalt ablenken." Auch für den Fall eines für das Land Bremen negativ ausfallenden Gerichtsurteils zur Beamtenbesoldung hätte im Haushalt Vorsorge getroffen werden müssen, so Schröder. „Anschließend den Beamtinnen und Beamten quasi durch die Hintertür die Schuld für die Haushaltslage in die Schuhe zu schieben ist unredlich."

Der dbb bremen fordere Senat und Bürgerschaft auf, zügig das Bremische Besoldungserhöhungsgesetz 2013/2014 zu ändern, damit alle Beamtinnen und Beamten die Besoldungserhöhung von insgesamt 5,6 Prozent für beide Jahre erhalten.
(03/27/14)

dbb m-v erwartet Attraktivitätssprung durch Lehrerverbeamtung

(dbb) Einen „regelrechten Attraktivitätssprung" für den Lehrerberuf erwartet der dbb mecklenburg-vorpommern durch die jetzt begonnenen Verbeamtungen. Bildungsminister Mathias Brodkorb hatte am 7. Juli 2014 ersten Bestandslehrern die entsprechenden Ernennungsurkunden beziehungsweise Änderungsverträge übergeben.

Dass die seit über 24 Jahren immer wieder betonte Forderung des dbb Landesbundes nach einer Verbeamtung der Lehrkräfte, wie sie in den meisten anderen Bundesländern selbstverständlich ist, endlich Gehör gefunden hat, sei dabei nur ein Aspekt, erklärte Landesvorsitzender Dietmar Knecht. Es sei dem dbb m-v wichtig gewesen, dass nicht nur an neu eingestellte Pädagogen gedacht wird, sondern dass jeder, der innerhalb der Altersgrenze der Bildungsdienst-Laufbahnverordnung liegt, das Angebot einer Verbeamtung für sich persönlich prüfen kann.

Der dbb m-v kritisiere die derzeitige Altersgrenze von 40 Jahren und führe eine Reihe von Verwaltungsgerichtsverfahren für Kolleginnen und Kollegen im Alter von 40 bis 45 Jahren durch. „Immerhin gestattet auch die Allgemeine Laufbahnverordnung des Landes noch bis 2019 ein maximales Verbeamtungsalter von 45 Jahren", so Knecht.
(04/27/14)

Altersdiskriminierung – Sächsischer Finanzminister kommt SBB-Forderung nach

(dbb) Die Gespräche des Sächsischen Beamtenbundes SBB zeigen Wirkung. Wie der SBB am 7. Juli 2014 mitteilte, werden 5.400 Widersprüche sächsischer Beamter gegen Überleitungsbescheide wegen Altersdiskriminierung der Besoldung in Sachsen nicht sofort beschieden.

„Nach Abschluss der Prüfung durch das Landesamt für Steuern und Finanzen und Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in den sächsischen Revisionsverfahren wird über das weitere Vorgehen in den Widerspruchsverfahren entschieden", hatte das sächsische Finanzministerium auf seiner Homepage mitgeteilt. Damit sei der Finanzminister einer lange geäußerten Forderung des Sächsischen Beamtenbundes nachgekommen, stellte der SBB fest.

Anfang des Jahres waren 11.000 Widersprüche sächsischer Beamter, trotz vorheriger Zusage eines Ruhenlassens bis zur Ausurteilung der anhängigen Musterklagen, negativ verbeschieden worden. Grund war die rückwirkende Änderung des Sächsischen Beamtenrechts zum 1. September 2006. 4.000 Klagen an Sächsischen Verwaltungsgerichten waren die Folge.

Aktuell liegen noch einmal 5.400 Widersprüche gegen die Überleitungsregelungen des neuen Sächsischen Besoldungsgesetzes auf den

Schreibtischen des Landesamtes für Steuern und Finanzen. Insbesondere die 4.000 klagenden Beamten mussten diesen Schritt gehen, um ihre Verfahren offen zu halten.

Der Sächsische Beamtenbund hatte in vielen Gesprächen mit Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung darauf gedrungen, diese erneuten Widersprüche bis zur im Herbst anstehenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ruhen zu lassen. „Wir begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich. Unsere Bemühungen haben sich gelohnt und unsere Argumente letztlich die Entscheidungsträger überzeugt", stellte Gerhard Pöschmann, Landesvorsitzender des SBB, fest.
(05/27/14)

VBOB protestiert gegen Sonderrechte für Fraktionsmitarbeiter

(dbb) Gegen Sonderrechte für Fraktionsmitarbeiter hat der Verband der beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) protestiert.

In einer „Nacht- und Nebelaktion" hätten die beiden Koalitionsfraktionen die Opposition im Verlauf der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2014 mit einer sachfremden Vorlage überrumpelt, die den für eine Tätigkeit bei einer Fraktion des Deutschen Bundestags, eines Landtags oder des Europäischen Parlaments beurlaubten Beamtinnen und Beamten künftig erheblich bessere Förderungs- und Beförderungsmöglichkeiten eröffnen wird. Vor zwei Jahren war ein erster Vorstoß im Rahmen der Novellierung der BLV (Bundeslaufbahnverordnung) an rechtlichen Bedenken und am Widerstand der Gewerkschaften und der Ressorts gescheitert.

Mit einer im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 versteckten Änderung der Bundeslaufbahnverordnung können mit der von der schwarz-roten Koalitionsmehrheit durchgesetzten Rechtsänderung die Fraktionen künftig ihre Mitarbeiter selbst und ohne die lästige und einschränkende Quotierung der beiden Bestnoten beurteilen. Für alle anderen Beamtinnen und Beamten gilt weiterhin, dass die Bestnote an maximal 10 Prozent und die zweitbeste Note an maximal 20 Prozent der zu Beurteilenden vergeben werden soll. Da Beförderungen nach den Grundsätzen Eignung, Befähigung und fachliche Leistung erfolgen müssen, ist davon auszugehen, dass sich die Beförderungschancen der beurlaubten Fraktionsmitarbeiter schlagartig zu Lasten der übrigen Beamtinnen und Beamten deutlich verbessern werden.

„Der VBOB vertritt alle Beamtinnen und Beamten in der Bundesverwaltung und setzt sich für Chancengleichheit ein. Wir lehnen deshalb eine Ungleichbehandlung nachdrücklich ab. Dies sollte auch für Fraktionsmitarbeiter gelten. Sie dürfen nicht benachteiligt, sollten aber auch nicht bevorzugt werden", stellte der Verband fest.
(06/27/14)

Zollgewerkschaft warnt vor bürokratischen Folgen der Pkw-Maut

(dbb) Vor den bürokratischen Folgen der Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland für den Zoll hat der BDZ gewarnt. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hatte am 7. Juli 2014 das Konzept vorgestellt.

BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes stellte sich schützend vor das Personal in den Kfz-Festsetzungsstellen und erklärte, deren Arbeit mit Hunderten neuen Beschäftigten habe sich dann gerade erst eingespielt. „Arbeitsabläufe und IT-Verfahren – vieles würde auf Anfang gesetzt", warnte Dewes. Der Vorsitzende der Zoll- und Finanzgewerkschaft forderte die Politik auf, „nicht neue Probleme zu schaffen, solange die alten noch nicht gelöst sind".

Das Personal beim Zoll, das für die Kfz-Steuer zuständig ist, werde von der Politik zum Spielball gemacht. Die Beschäftigten seien die Leidtragenden, wenn eine noch nicht einmal abge-

schlossene Neuausrichtung bereits nach kurzer Zeit wieder korrigiert werde, warnte Dewes. Werde das Vorhaben umgesetzt, komme auf den Zoll, dem zum 1. Juli 2014 endgültig die Zuständigkeit für die Kfz-Steuer übertragen wurde, erneut eine Umstellung und ein erhöhter Verwaltungsaufwand zu. Dies mache bessere Personalausstattung notwendig, denn bereits jetzt seien die Kfz-Festsetzungsstellen personell „auf Kante genäht".
(07/27/14)

Tarifrunde 2014: GDL sieht Betriebsräte geschlossen hinter sich

(dbb) Die Teilnehmer der Betriebsrätekonferenzen in Frankfurt am Main und Berlin stehen geschlossen hinter den Forderungen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in der Tarifrunde 2014. Das teilte die GDL am 10. Juli mit. Auf breite Zustimmung stoße insbesondere die Ausweitung der tariflichen Zuständigkeit für die mittlerweile 30 Prozent Mitglieder der Gewerkschaft im Zugbegleitdienst.

Bisher nur für Lokomotivführer zuständig, will die GDL mit dem Auslaufen des Grundlagentarifvertrags auch Lokrangierführer, Zugbegleiter und Bordgastronomen sowie Instruktoren/Trainer und Disponenten tarifieren. „Wir werden diese Berufsgruppen in unsere Tarifverträge integrieren, um ihnen wieder mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit, ein vernünftiges Einkommen und verbesserte Arbeitszeitbedingungen zu verschaffen. Außerdem benötigt das Zugpersonal dringend die Schutzfunktion unserer Tarifkonstruktion, einschließlich Betreiberwechseltarifvertrag, um im Wettbewerb der Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) nicht unter die Räder zu kommen", so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky.

Die Auftaktverhandlung zur Tarifrunde 2014 mit der DB findet am 10. Juli 2014 in Berlin statt. Die GDL werde nochmals deutlich machen, dass sowohl Tarifpluralität, als auch die geforderte Tarifkonstruktion bereits gelebte Praxis und kein Teufelszeug ist. Nur auf dieser Basis konnte der Wettbewerb über die Lohnkosten wirksam gestoppt und Stück für Stück ein Flächentarifvertrag mit einheitlichen Rahmenbedingungen im Eisenbahnverkehrsmarkt verankert werden, so Weselsky. Im Falle einer von der Deutschen Bahn AG herbeigeführten Auseinandersetzung werde sich die GDL nicht aus Angst vor der drohenden Tarifeinheit wegducken. „Wenn die Arbeitgeber von der Politik auch noch ermutigt werden den Konflikt zu suchen, dann müssen gut organisierte Gewerkschaften mit der Kraft ihrer Mitglieder auch dagegen halten". so Weselsky.
(08/27/14)

Thema Arbeitsmarkt – vbba im Meinungsaustausch mit Staatssekretärin Anette Kramme

(dbb) Aktuelle Entwicklungen und Probleme des Arbeitsmarktes waren Thema eines Gespräches, zu dem der vbba-Vorsitzende Waldemar Dombrowski am 25. Juni 2014 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme zusammentraf. Erörtert wurden Aspekte der Personalsituation in den Arbeitsagenturen und Jobcentern.

Kramme verwies darauf, dass die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik begrenzt sind und Aktivitäten unter dem Vorbehalt eines stabilen Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung stehen. Gleichwohl bestand Einigkeit, dass angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit und des anstehenden demografischen Wandels bewährte Instrumente und Angebote weiter eingesetzt werden müssen. Daneben gelte es, erfolgversprechende Innovationen umzusetzen. So teilte Kramme die Auffassung der vbba, wonach zusätzliche finanzielle Anreize für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Umschulungsmaßnahmen geprüft werden sollten. In diesem Zusammenhang wies sie auf einen aktuellen Prüfauftrag des BMAS zur "Spätstarteraktion" hin. Zudem wird ein Pilotprojekt in Thüringen durchgeführt.

Dombrowski erläuterte die bereits vor Jahren von der vbba gestellte Forderung, arbeitslose Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen im Rechtskreis des SGB III intensiver zu beraten und betreuen. Dieses Projekt müsse dauerhaft in der Fläche umgesetzt werden.

Auch den in Jobcentern zu hohen Befristungsanteil beim Personal sprach der vbba-Chef an. Dies führe immer wieder zu Zusatzbelastungen und gehe zu Lasten der Qualität.
(09/27/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Umgang mit dem Verfassungsgerichtsurteil zur Beamtenbesoldung in NRW war Thema eines ersten Sondierungsgespräches, zu dem sich am 5. Juli 2014 Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Gewerkschaften getroffen haben. **Jutta Endrusch**, 2. Vorsitzende des DBB NRW, hat an dem Gespräch teilgenommen. „Der DBB Beamtenbund und Tarifunion NRW begrüßt die grundsätzliche Dialogbereitschaft der Landesregierung", sagte sie im Anschluss. „Ich hoffe, dass sich die gute und konstruktive Atmosphäre auch in den weiteren für August geplanten Gesprächen fortsetzen wird."

Vor „Tricksereien" im Zusammenhang mit den beginnenden Sommerferien hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) gewarnt. So gebe es den Trend, dass Eltern ihre Kinder an den Ferienrändern krank melden, um günstigere Flugtickets zu bekommen. DPhV-Vorsitzender **Heinz-Peter Meidinger** sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 5. Juli 2014): „Eine amtliche Statistik gibt es da nicht. Im regelmäßigen Austausch mit Schulleitern ist aber festzustellen: Die Zahl der Krankmeldungen von Schülerinnen und Schülern liegen unmittelbar vor und nach den Ferien um 30 bis 50 Prozent höher als sonst. Der Trend zur Trickserei hat also eher noch zugenommen angesichts des Konkurrenzkampfs in der Tourismusbranche, die außerhalb der Ferienzeit mit Billigtickets lockt. Wenn Eltern aufs Geld schauen müssen, erliegen sie da schon der Versuchung. Allerdings: Sie vermitteln ihren Kindern damit die fatale Botschaft, sie müssten sich nicht an Regeln halten. Das ist unsozial und ein echtes Problem."

Mit der Vereinbarung von 16 (Änderungs-) Tarifverträgen ist die Tarifeinigung vom 1. April 2014 in der Einkommensrunde 2014 mit dem Bund und den kommunalen Arbeitgebern zwischenzeitlich in geltendes Tarifrecht umgesetzt worden. Außerdem sind bereits zum 1. Januar 2014 die zentralen Eingruppierungsvorschriften zum TVöD für die Beschäftigten beim Bund in Kraft getreten sowie zum 1. März 2014 die Regelungen der Stufenzuordnung von Bundesbeschäftigten insbesondere bei Höhergruppierung geändert worden. Erläuterungsbedürftig sind ebenso aktuelle Fragen zur Durchführung der leistungsorientierten Bezahlung im Bundesbereich. Der **dbb** Geschäftsbereich Tarif hat deshalb die Vorauflage der Tarifschrift mit Erläuterungen zum Tarifrecht für die Bundes- und kommunalen Beschäftigten aus dem Jahr 2012 aktualisiert und eine Neuauflage der Broschüre zum TVöD und TVÜ-Bund /-VKA vorbereitet. Für die Auflagenhöhe müssen verbindliche Bestellungen bis Freitag, 15. August 2014, vorliegen.
(10/27/14)